

Kapitalismus, Krise und Kritik

Zum analytischen Potential der Marxschen Theorie angesichts der gegenwärtigen Krise

Schien es Anfang 2010 so, als sei die Bankenkrise und die ihr folgende Wirtschaftskrise vielleicht doch etwas schneller vorbei, als noch vor einigen Monaten erwartet, da deutet sich schon die nächste Krise an: die Krise des Euro. Egal wie schnell oder langsam diese Krisen überwunden werden, die Erschütterung der kapitalistischen Ökonomie, die 2008/2009 stattfand, war weit mehr als nur ein konjunktureller Einbruch: man muss schon bis zur Wirtschaftskrise von 1929 zurückgehen, um einen stärkeren ökonomischen Absturz der Weltwirtschaft zu finden. Wie groß die Erklärungskraft der verschiedenen ökonomischen Theorien ist, sollte nicht zuletzt an ihren Fähigkeiten deutlich werden, diese Krise zu analysieren und zu erklären. Dabei ist Analyse und Erklärung etwas anderes als die bloße Beschreibung der Krisenchronologie: dass die niedrigen Zentralbankzinsen der USA ab 2001 zum Boom der Immobilienpreise beigetragen haben, dass die äußerst erfindungsreiche Schaffung neuer Wertpapiere, die mit faulen Hypotheken »besichert« waren, zu einer ungeheuren Spekulationsblase führten, dass mit der Pleite von Lehman Brothers das gesamte Bankensystem am Rand des Zusammenbruchs stand etc., ist durchaus richtig, aber noch längst keine Erklärung für die abgelaufenen Phänomene, genauso wenig wie die detaillierte Beschreibung des Einsturzes einer Brücke erklärt, warum die Brücke eingestürzt ist.

Fast schon komisch wirken die verbreiteten Verweise auf die »Gier« von Manager und Spekulanten, die in Medien und auch bei vielen Politikern häufig als Krisenerklärung herhalten müssen. Vor der Krise wurde jede Kritik an den immer weiter auseinanderklaffenden Einkommen von Managern auf der einen Seite und den Lohnabhängigen auf der anderen Seite als »Neiddebatte« abgetan. Wer für sein Unternehmen ökonomischen Erfolg einfahre, der solle doch auch etwas (oder vielleicht auch etwas mehr) davon haben dürfen. Auch das letzte Argument gegen jede sozialistisch/kommunistische Alternative – gerade wenn sie sich glaubwürdig vom autoritären sowjetischen Modell abgrenzte – bestand in dem Verweis auf den anderen, nicht-egoistischen Menschen, den diese Alternative angeblich voraussetzen würde: Weil der Mensch egoistisch sei, könne eben nur der Kapitalismus funktionieren, der diesen Egoismus in gesunde Bahnen lenken würde. Und dieser gegenüber menschlichen Schwächen so robuste Kapitalismus soll jetzt durch einen Mangel an »ehrbaren Kaufleuten«, die – wie es der deutsche Bundespräsident Köhler ausdrückte – auch mal sagen müssen, »das tut man nicht«, in die Krise gerutscht sein? Offensichtlich zweifelt man lieber an der Moral der Kapitalisten als am Kapitalismus.

Neoklassische Phantasiewelten

Anhänger der neoklassischen Theorie, dem ökonomietheoretischen Herzstück der »neoliberalen Konterrevolution« der

1980er Jahre, müssten gegen solche »Erklärungen« eigentlich Sturm laufen. Haben sie doch sonst immer mit Adam Smith von den unbegrenzten Segnungen des freien Marktes gepredigt, wo wir unser Wohlergehen »nicht von der Wohltätigkeit des Fleischers, Brauers oder Bäckers« erwarten, »sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschlichkeit, sondern an ihre Eigenliebe« verkündete Adam Smith mit einem durchaus triumphierenden Unterton (Smith 1776, Bd. 1: 21).

Allerdings halten sich die Vertreter der Neoklassik in den gegenwärtigen Diskussionen eher bedeckt. Die praktische Widerlegung der von ihnen gepredigten Verherrlichung des Marktes, von der in den 1990er Jahren auch große Teile der Linken und der sozialdemokratischen Parteien angesteckt wurden, ist nur die letzte Etappe einer Reihe von durchaus schwerwiegenden Niederlagen, die jedoch keinen nennenswerten Einfluss auf die immer stärkere Akzeptanz der Neoklassik hatten. Bereits in den frühen 1960er Jahren hatte ausgerechnet Hans Albert, ein führender Vertreter des Kritischen Rationalismus, die Neoklassik einer vernichtenden methodologischen Kritik unterzogen: In ihrem »Modellplatonismus« komme die Neoklassik zwar zu formal korrekten Aussagen, die aber aufgrund der Allgemeinheit dieser Aussagen und der Vielzahl der Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit diese Aussagen gelten, ganz zwangsläufig nur einen geringen Informationsgehalt aufweisen würden (Albert 1963).

Doch die Kritik beschränkt sich nicht auf solche allgemeinen Überlegungen. Wie schon die klassische politische Ökonomie reduziert auch die Neoklassik Geld auf seine Funktion als praktisches Hilfsmittel des Tausches, so dass zwar nicht im Alltag, aber innerhalb der theoretischen Modellwelten von Geld abstrahiert werden kann. Der geldvermittelte Tausch wird dann zu einem bloßen Produktentausch, womit die Gültigkeit des »Sayschen Gesetzes« (jedes Angebot schafft zwar nicht seine eigene Nachfrage, aber gesamtwirtschaftlich eine insgesamt gleich große Nachfrage, so dass es nie zu einer allgemeinen Überproduktion kommen kann) gesichert wird. Dieser durch die Abstraktion vom Geld erreichte »Beweis« des Sayschen Gesetzes wurde bereits von Marx (MEW 23: 127f.) und später auch von Keynes (1936: 16ff.) einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Wie extrem die Gültigkeitsbedingungen von zentralen Aussagen der Neoklassik sind, machte die »Cambridge-Cambridge-Debatte« (gemeint ist Cambridge Massachusetts und Cambridge England) deutlich. Die bekannten und immer wieder gern wiederholten neoklassischen Lehrsätze, dass (*ceteris paribus*) Arbeitslosigkeit nur durch eine Senkung der Reallöhne vermindert werden könne (und umgekehrt, dass eine Erhöhung der Reallöhne zu höherer Arbeitslosigkeit führen würde), lassen sich im Rahmen der neoklassischen Theorie zwar streng mathematisch beweisen – aber nur unter der Voraussetzung, dass alle Unter-

nehmen ausschließlich mit einem einzigen Kapitalgut (oder, was auf dasselbe hinausläuft, mit einem für alle Unternehmen gleich zusammengesetzten Korb verschiedener Kapitalgüter) produzieren. Denn nur dann lässt sich die neoklassische Produktionsfunktion, die mit »Kapitalgütermengen« rechnet (Geld gilt bloß als »Schleier«, worauf es ankäme, seien die »realen« Mengengrößen), problemlos anwenden. Wie die Debatte im Anschluss an Piero Sraffas wichtige Studie (Sraffa 1960) deutlich machte, bricht die übliche neoklassische Argumentation aber zusammen, wenn man statt von einem auch nur von zwei unterschiedlichen Kapitalgütern ausgeht (vgl. dazu die gut verständliche Darstellung bei Heine/Herr 2003: 233-267). Führende Neoklassiker wie Paul Samuelson oder Frank Hahn erkannten dieses Ergebnis auch an, was ihre deutschen Epigonen (und nicht nur die) aber nicht daran gehindert hat, weiterhin Lohnsenkungen als wichtigstes (und wissenschaftlich begründetes) Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu propagieren und mit dieser Position eine weitgehende gesellschaftliche Hegemonie zu erreichen.

Dass die Neoklassik ganz prinzipielle Probleme hat, Krisen zu erklären, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie neoklassische Theorien das Funktionieren von Märkten konzeptualisieren: etwa über unendlich schnelle Preisanpassungen oder über den von Leon Walras eingeführten (fiktiven) Auktionator, bei dem die Marktakteure ihre Tauschabsichten nach Menge und Preis zunächst bekannt geben müssen, der den Tausch aber erst dann frei gibt, wenn ein allgemeines Gleichgewicht zwischen den angebotenen und nachgefragten Mengen eingetreten ist. D.h. die theoretische Konzeption des Marktprozesses besteht in einer Abstraktion von seinen realen Problemen, um dann mit viel mathematischem Aufwand nachzuweisen, dass der so konzipierte Markt auch tatsächlich keine Probleme aufweisen kann (vgl. für eine knappe Kritik: Heinrich 1999: 68-75). Sucht man unreflektiertes utopisches Denken, dann ist man bei den neoklassischen Modellschreibern an der richtigen Adresse. Da in den öffentlichen Debatten nur die Folgerungen aus ihren Modellen (Lohnsenkung, Flexibilisierung, Ausdehnung des Marktes auf immer mehr Lebensbereiche), nicht aber die von einem aufwendigen mathematischen Stacheldraht geschützten Modelle selbst diskutiert werden, bleibt deren schlecht utopischer Charakter normalerweise unsichtbar.

Wenn es doch zu Krisen kommt, die es bei flexiblen Märkten gar nicht geben soll, werden Störungen von außen (wie z.B. steigende Rohstoffpreise) verantwortlich gemacht. Lassen sich solche äußeren Störungen aber wie bei der Bankenkrise partout nicht finden, dann wird entweder geschwiegen oder frech bei den früheren Gegnern geklaut: Hans Werner Sinn, aus vielen Talkshows und Interviews als Prophet freier Märkte und Warner vor zu hohen Lohnabschlüssen bekannt, sieht nun plötzlich ein staatliches Regulierungsdefizit bei den Finanzmärkten als Krisenursache und die niedrigen Löhne als Grund für den schwachen deutschen Binnenmarkt, weshalb der Einbruch der Exporte die deutsche Wirtschaft besonders schlimm treffe (vgl. z.B. sein Interview im *Tagesspiegel* vom 27.10.2008).

Keynesianischer Staatsidealismus

Im Unterschied zur Neoklassik glaubte John Maynard Keynes gerade nicht an die Unfehlbarkeit des Marktes. Es war ja gerade die Weltwirtschaftskrise von 1929 und den folgenden Jahren gewesen, die ihn an den theoretischen Grundlagen der Neoklassik zweifeln ließ und ihn zu einem Ergebnis führte, das sich auch

schon bei Marx findet: Krisen und Arbeitslosigkeit sind keine bedauerlichen Zufälle oder Resultate einer äußeren Störung, sie gehören untrennbar zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Allerdings sieht Keynes Krise und Arbeitslosigkeit nur als Resultat eines Mismatch: immer wieder würden Liquiditätspräferenz (die Vorliebe für Geldhaltung), Gewinnerwartungen und Konsumneigung nicht zueinander passen, so dass die getätigten Investitionen nicht ausreichten, um Vollbeschäftigung herzustellen. Deshalb sei hier der Staat gefordert: die Regierung solle durch staatliche Investitionsförderung oder durch eigene Investitionen und die Zentralbank durch niedrige Zinsen das Investitionsniveau anheben, wodurch die Arbeitslosigkeit vermindert werde. Einflussreich wurde die keynesianische Wirtschaftspolitik in der abgespeckten Form des »Deficit Spending«: kreditfinanzierte staatliche Ausgabenprogramme sollten zur konjunkturellen Stabilisierung dienen. Was in den 1960er Jahren leidlich funktionierte (allerdings vor dem Hintergrund einer stark wachsenden Weltwirtschaft), erwies sich angesichts der Stagflation der 1970er Jahre als wirkungslos und wurde über Bord geworfen. Aus diesem Scheitern eines Rumpfkeynesianismus saugten konservative Politiker und neoklassische Ökonomen noch bis vor kurzem Honig: die Unwirksamkeit keynesianischer Wirtschaftspolitik sei hinreichend bewiesen, an einer Politik der Konsolidierung der Staatshaushalte (finanziert über eine Senkung der Sozialausgaben) und der Senkung der Lohnkosten führe kein Weg vorbei. Keynes war sich über die Problematik der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen durchaus im klaren und er plädierte keineswegs dafür, beim »Deficit Spending« stehen zu bleiben. Im Zweifelsfall forderte er hartes staatliches Durchgreifen: eine »ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition« (Keynes 1936: 319), wenn die Unternehmen nicht ausreichend auf die Investitionsanreize reagieren, und den »sanften Tod des Rentners, des funktionslosen Investors« (ebd. 317); durch einen kontinuierlichen Druck auf die Zinsen sollte der gesellschaftlichen Stellung der Vermögensbesitzer, die bloß von der »Rente« ihres Geldkapitals lebten, die Grundlage entzogen werden. Allerdings sollte bei annähernder Vollbeschäftigung auch die Lohnentwicklung beschränkt bleiben, um Inflationsgefahren abzuwenden. In dieser Radikalität wurde das keynesianische Konzept, das einen Staat benötigt, der sich sowohl mit dem industriellen Kapital, den Geldbesitzern als auch den Lohnabhängigen und ihren Organisationen anlegt, nirgendwo auch nur ansatzweise realisiert. Von dieser Keynesschen Radikalität sind die heutigen Keynesianer, einschließlich der meisten Linkskyesianer, weit entfernt. Die krisenhafte Entwicklung soll durch ein paar staatlich eingerichtete Leitplanken aufgefangen werden, wobei diese Leitplanken so ausgestaltet werden sollen, dass ein sozial und ökologisch »zivilisierter« Kapitalismus herauskommt. Wie in den verschiedenen Konzepten eines »Green New Deal«, die im Moment gerade en vogue sind, wird diese Einhegung des Kapitalismus auch noch als Standortvorteil verkauft: die vorgebliche Zivilisierung des Kapitalismus im Innern soll nicht zuletzt dazu dienen, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfolgreicher ausfechten, d.h. die Konkurrenten aus anderen Ländern besser ruinieren zu können.

Während die Neoklassik den Kapitalismus für eine Einrichtung zur optimalen Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen hält, ihren Modellen völlig illusorische Voraussetzungen über die Funktionsweise von Märkten zugrunde legt und dann mit mathematischer Präzision zeigt, dass die Bedürfnisse stets optimal befriedigt werden und Krisen nicht entstehen können, betrachtet

der Keynesianismus den Kapitalismus zwar als eine krisenhafte Wirtschaftsweise, unterstellt als deren Zweck aber im Grunde die Herstellung von Vollbeschäftigung. Da dies dem Kapitalismus so schlecht gelingt, soll sich der Staat diesen Zweck zu eigen machen und seine Macht dazu benutzen, dass sich die gesellschaftlichen Klassen diesem Zweck unterwerfen. Dass im Kapitalismus Profitmaximierung keine bloß periphere Angelegenheit ist, dass der Staat nicht aufgrund der Borniertheit der Politiker (die einfach nicht auf die Keynesianer hören wollen), sondern aus strukturellen Gründen darauf angewiesen ist, die Profitmaximierung nach Kräften zu fördern (nur bei ausreichenden Steuereinnahmen und begrenzten Sozialausgaben bleibt der Regierung eine ökonomische Basis für die eigene »Gestaltung«), wird jedoch weitgehend ausgeblendet. Obgleich sich die Vertreter von Neoklassik und Keynesianismus auf ihren »Realismus« so einiges einbilden, beruhen beide Konzeptionen auf im Kern illusorischen Vorstellungen: des Marktes bei den Neoklassikern, des Staates bei den Keynesianern.

Marxsche Kritik der politischen Ökonomie Wert, Geld, Kapital

Dass die Profitmaximierung kein bloßes Mittel für einen anderen Zweck ist, dass es den modernen Kapitalismus vielmehr charakterisiert, dass Profitmaximierung sein einziger Zweck ist, wurde von Marx immer wieder herausgestellt. Im akademischen Mainstream und der von ihm beeinflussten öffentlichen Wahrnehmung wird diese analytische Leistung in der Regel aber nur äußerst verkürzt rezipiert. Dabei wird Marx nicht selten als Arbeitswerttheoretiker der klassischen Schule von Smith und Ricardo wahrgenommen, der auf der Grundlage dieser Arbeitswerttheorie eine Theorie der Ausbeutung entwickelt (die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten in Gestalt des Lohns nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Werts) und diese Ausbeutungstheorie dann in einen moralischen Vorwurf gegen den Kapitalismus verwandelt habe (es sei ungerecht, dass die Arbeiter nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Wertes erhalten). Nun wurde nicht nur eine »Arbeitswerttheorie« (der Tauschwert einer Ware beruht auf der zu ihrer Produktion insgesamt verausgabten Arbeitsmenge) schon lange vor Marx formuliert, eine auf dieser Arbeitswerttheorie aufbauende Ausbeutungstheorie gab es ebenfalls schon lange vor Marx bei den sogenannten Linksricardianern (vgl. dazu Hoff 2008). In beiden Fällen ist der interessante Punkt das, was Marx an diesen Auffassungen kritisiert, dasselbe gilt für die moralischen Kritiken am Kapitalismus.

(1) Marx argumentiert, dass, wenn die Ware Gebrauchswert *und* Wertgegenstand ist, auch die Waren produzierende Arbeit einen Doppelcharakter aufweisen müsse, als Gebrauchswert bildende konkrete Arbeit (also jener Arbeit, die beobachtet und deren Dauer mit der Uhr gemessen werden kann) und Wert bildende abstrakte Arbeit (die gerade nicht beobachtet oder mit der Uhr gemessen werden kann, sondern die nur im Tausch existiert, wo die qualitativ verschiedenen konkreten Arbeiten nur gleichgesetzt werden können, indem von dieser qualitativen Verschiedenheit abstrahiert wird).¹ Während jeder Arbeitsprozess auf

konkreter, Gebrauchswert produzierender Arbeit beruht, drückt abstrakte Arbeit den spezifisch gesellschaftlichen Charakter Waren produzierender Arbeit aus. Indem die Klassik Wert auf Arbeit (ohne jede weitere Unterscheidung) reduziert, wird Waren produzierende Arbeit naturalisiert, jede Arbeit bildet dann Wert, die Warenform des Produkts verschmilzt mit dem Produkt selbst, was die Grundlage des von Marx als »Fetischismus« bezeichneten Sachverhalts ist: gesellschaftliche Beziehungen erscheinen als gegenständliche Eigenschaften. Hier wird deutlich, dass die Marxsche Werttheorie nicht in erster Linie Theorie zur Erklärung der Preise, sondern Theorie zur Erklärung der spezifischen Vergesellschaftungsweise unter den Bedingungen der Warenproduktion ist.

Die Marxsche Kritik betrifft aber noch einen anderen Punkt. Der Wert der Waren ist genauso unsichtbar und unfassbar wie die abstrakte Arbeit, deren Kristallisation der Wert ist. Marx spricht daher vom Wert als einer »gespenstigen Gegenständlichkeit« (MEW 23: 52), einer »übernatürlichen Eigenschaft« der Ware (MEW 23: 71). Dieser Wert benötigt jedoch eine handfeste Gestalt, und die erhält er erst im Geld. Die Marxsche »Werttheorie« (die Bezeichnung Arbeitswerttheorie wurde von Marx an keiner Stelle verwendet) ist daher »monetäre« Werttheorie, die auf den notwendigen Zusammenhang von Wert und Geld abhebt:² was Marx an David Ricardo, der die Arbeitswerttheorie der Klassik am weitesten entwickelt hatte und der dafür von Marx auch außerordentlich geschätzt wurde, kritisiert, ist gerade das Unverständnis dieses monetären Charakters (vgl. z.B. MEW 26.2: 161).³ Geld ist eben kein bloßes Hilfsmittel, kein »pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel« (MEW 13: 36), für das es Klassik und Neoklassik halten, sondern jenes sachliche Medium, ohne das die Vergesellschaftung der privaten Produzenten gar nicht möglich wäre.

(2) Dass Marx mit »Ausbeutung« gerade keinen »Raub am Arbeiter« bezeichnen will, hebt er in den »Randglossen zu Wagner« explizit hervor (MEW 19: 359f.). Im »Kapital« will er entgegen den damals vorherrschenden Tendenzen in der Arbeiterbewegung zeigen, dass Ausbeutung nicht aus einer Verletzung, sondern aus der Befolgung der Gesetze des Warentausches resultiert: Äquivalententausch liegt vor, wenn der Kapitalist dem Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft zahlt. Dass die Verwendung dieser Arbeitskraft, also der Konsum ihres Gebrauchswertes, neuen Wert bildet, der, wenn die Arbeitszeit nur lange genug dauert und die produzierten Produkte auch abgesetzt werden können, höher ist als der Wert der Arbeitskraft selbst, »ist ein Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht für den Verkäufer« (MEW 23: 208).

sich nur durch den Austausch, welcher Producte verschiedner Arbeiten thatsächlich einander gleichsetzt« (MEGA II/6: 41). Diese Aussage nimmt er dann auch in die französische Übersetzung, die letzte von ihm selbst durchgesehene »Kapital«-Ausgabe auf (vgl. MEGA II/7: 55). Unter Marx-Interpreten ist dieser Punkt allerdings höchst umstritten, eine Reihe von Marxisten möchten Wert und abstrakte Arbeit allein auf Produktion zurückführen.

2 Dass die Marxsche Werttheorie Kritik prämonetärer Werttheorie und insofern selbst eine monetäre Werttheorie sei, wurde in den 1970er Jahren von Hans-Georg Backhaus herausgestellt (vgl. seine gesammelten Aufsätze in Backhaus 1997). Die in der monetären Werttheorie von Marx nach wie vor enthaltenen Ambivalenzen habe ich in Heinrich (1999) ausführlich untersucht.

3 Dieses Unverständnis wird allerdings auch von einer Reihe von Marxisten geteilt.

1 Bereits am Anfang des »Kapitals« entwickelt Marx den Wert nicht aus einer Analyse des Produktionsprozesses, sondern des Austauschverhältnisses der Waren. Im Überarbeitungsmanuskript zur 2. Auflage heißt es dann explizit: »Die Reduction der verschiednen konkreten Privatarbeiten auf dieses Abstractum gleicher menschlicher Arbeit vollzieht

(3) Dementsprechend weist Marx auch jede moralische Kritik am Kapitalismus zurück. Wer die Marxsche Kritik dennoch als moralische Verurteilung des Kapitalismus lesen möchte, sollte sich zumindest damit auseinandersetzen, wie Marx über jede an Gerechtigkeitsnormen orientierte Kapitalismuskritik Hohn und Spott ausgießt (vgl. etwa seine Proudhon-Kritik im ersten Band des »Kapital«, MEW 23: 99f., Fn. 38), nicht weil er eine andere Gerechtigkeitsnorm vertritt, sondern weil er überhaupt keine überhistorische Gerechtigkeitsnorm kennt, die er zur Grundlage seiner Kapitalismuskritik machen könnte (vgl. seine Kritik an Gilbart im dritten Band des »Kapital«, MEW 25: 351f.). Die Marxsche Kapitalismuskritik besteht nicht in dem Versuch, dem Kapitalismus irgendwelche Normverstöße nachzuweisen, sondern darin, aufzuzeigen, dass der Kapitalismus mit Mensch und Natur notwendigerweise zerstörerisch umgeht, dass er elementare Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung verletzt (vgl. ausführlicher dazu Heinrich 2004: 32ff.). Marx setzt darauf, dass sich die Menschen dies nicht ewig gefallen lassen werden – nicht aus moralischer Empörung, sondern weil sie diese Verletzung ihrer Lebensinteressen nicht mehr hinnehmen wollen.

Kreditverhältnisse

Der Prozess der Ausbeutung, die Produktion des Mehrwerts, wird von Marx im ersten Band des »Kapital« ausführlich analysiert: der Produktionsprozess des Kapitals beruht auf einer ihm vorausgesetzten Klassenteilung in eine Klasse von Produktionsmitteleigentümern und eine Klasse von rechtlich freien Nicht-Eigentümern von Produktionsmitteln, nur deshalb kommt es überhaupt zum »freiwilligen« Verkauf der Arbeitskraft: Indem der Staat für die allseitige Respektierung des Eigentums sorgt, fremdes Eigentum nur durch Tausch angeeignet werden kann, bleibt den Mitgliedern der zwar persönlich freien, aber (weitgehend) eigentumslosen Klasse nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der unter dem »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« (MEW 23: 765) geschlossene »freiwillige« Arbeitsvertrag bildet dann die Grundlage eines innerbetrieblichen Herrschaftsverhältnisses, das dazu benutzt wird, die Produktion des Mehrwert immer weiter zu steigern.

Diese im ersten Band des »Kapital« unternommene Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses dominierte lange Zeit die Rezeption. Doch ist das Kapitalverhältnis damit noch längst nicht erschöpfend behandelt. So werden Kreditverhältnisse erst im dritten Band des »Kapital« zum Gegenstand der Untersuchung gemacht; nicht weil Marx das Spannende bis zum Schluss aufheben möchte, sondern weil das Verständnis des spezifisch kapitalistischen Kredits die Kenntnis von Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals voraussetzt.

Historisch sind Kreditverhältnisse sehr alt. Seit Geld existiert, kann es auch gegen Zins verliehen werden. In vorkapitalistischen Zeiten war der Bedarf an Kredit ein Resultat entweder der wirtschaftlichen Not (etwa einer Missernte) oder der Luxus- bzw. Kriegsbedürfnisse der regierenden Könige und Fürsten. Die Rückzahlung war oft sehr schwierig und unsicher, weshalb die Verleiher enorme Zinsen nahmen, was die Rückzahlung noch schwieriger machte. Der Kredit war für den Schuldner häufig der erste Schritt in die Verarmung.

Unter kapitalistischen Bedingungen dominiert jedoch eine neue Form des Kredits; dieser wird zum Mittel der Bereicherung des Schuldners. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist jede Geldsumme potentielles Kapital. Unter nor-

malen Bedingungen sollte sie den Durchschnittsprofit abwerfen. Beim typisch kapitalistischen Kreditverhältnis wird Geld als potentielles Kapital verliehen und der Zins wird aus dem damit erzielten Profit gezahlt. Die Differenz aus Profit und Zins bereichert den Schuldner. Zwar gibt es nach wie vor Kredite, die aufgrund von Notlagen aufgenommen werden und die in vielen Fällen auch zur Verarmung der Schuldner führen, bestimmend unter kapitalistischen Verhältnissen, sind aber diejenigen Kredite, bei denen Geld in seiner Eigenschaft als potentielles Kapital verliehen wird.

In diesem typisch kapitalistischen Fall beruht die Aneignung des Zinses darauf, dass der mit fremdem Kapital fungierende Kapitalist Mehrwert bzw. Profit angeeignet hat, der Zins ist somit eine verwandelte Form des Profits. Da nun aber jede Geldsumme gegen Zins verliehen werden kann, erscheint der Zins als Resultat der bloßen Kapitaleigenschaft, während der den Zins übersteigende Teil des Profits die Rolle des eigentlichen Unternehmergewinns spielt. Für den Schuldner, der fremdes Kapital investiert, ist dies klar. Aber auch der Kapitalist, der eigenes Kapital anwendet, weiß, dass er für die vorgeschossene Summe den marktüblichen Zins erhalten könnte, wenn er sie verleihen würde. Dass er selbst als Unternehmer aktiv wird, scheint ihm demnach nicht den ganzen Profit einzubringen, sondern lediglich den Überschuss des Profits über den Zins. Im Alltagsbewusstsein, wie auch in der kapitalistischen Rechnungslegung, verselbständigen sich Zins und Unternehmergewinn gegeneinander: der Zins erscheint als die Frucht des reinen Kapitalbesitzes unabhängig von der Produktion, der Unternehmergewinn als Lohn einer spezifischen Arbeit, der Arbeit eines Unternehmers, so wie der gewöhnliche Lohn als Bezahlung der geleisteten Arbeit statt als Bezahlung der Arbeitskraft erscheint. Indem sich der Profit in Zins und Unternehmergewinn auflöst, wird das gegensätzliche, auf Ausbeutung beruhende Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit unsichtbar (vgl. MEW 25: 383ff.). Stattdessen kann die Vorstellung entstehen, die Geldbesitzer würden mit dem Zins dem Rest der Gesellschaft, den fungierenden Kapitalisten *und* den Arbeitern, einen Tribut auferlegen. Auf dieser Vorstellung beruhen dann alle möglichen verdrehten Zinstheorien, etwa jene von Silvio Gesell, oder auch die im Nationalsozialismus populäre Unterscheidung zwischen dem »raffenden« (jüdischen) und dem »schaffenden« (arischen) Kapital. Wir finden bei Marx nicht nur eine Analyse der sachlichen Zusammenhänge, sondern auch ihrer verdrehten Erscheinungsformen, die das Alltagsbewusstsein und die darauf aufbauenden Theorieversatzstücke beherrschen. Bleibt man bei der auf das Einzelkapital bezogenen Betrachtung des Kredits stehen, kann man auf die Idee kommen, dass Kreditverhältnisse und der auf ihnen aufbauende Finanzmarkt eigentlich überflüssig seien und lediglich ein übertriebenes Gewinnstreben befriedigen würden. Dementsprechend wird das Finanzkapital nicht selten als »parasitär« und die »gesunde« Volkswirtschaft schädigend aufgefasst. Bereits die Marxsche Analyse des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses im zweiten Band des »Kapital« macht jedoch deutlich, dass kapitalistische Reproduktion und Akkumulation ohne ein entwickeltes Kreditsystem überhaupt nicht möglich ist: die gesamten jährlichen Kapitalvorschüsse, die von den vielen Einzelkapitalen erbracht werden müssen, umfassen die Summe von konstantem und variablem Kapital, also $c + v$. Der Gesamtwert des kapitalistisch hergestellten Produktes beinhaltet neben c und v aber auch den Mehrwert m , ist also gleich $c + v + m$. Marx wirft daher die Frage auf, wie es möglich sein soll, dass eine in die Zirkulation gewor-

fene Geldsumme in Höhe von $c + v$ Waren im Gesamtwert von $c + v + m$ kaufen soll (vgl. MEW 24: 331ff., 416ff., 469ff.).⁴ Dies ist nur möglich über Kreditverhältnisse, entweder der Kapitalisten untereinander oder durch Vermittlung von Banken und Finanzinstitutionen.⁵ Dem Kreditsystem kommt damit eine wichtige Steuerungsfunktion zu, ohne dass es jedoch einen Steuermann oder einen Masterplan gäbe: jene Unternehmen und Branchen, in die besonders viel Kredit fließt, können besonders stark und schnell wachsen, die anderen schrumpfen oder verschwinden sogar ganz (vgl. dazu ausführlicher Heinrich 1999: 299ff.).

Kapitalistische Produktion und Reproduktion sind ohne Kreditbeziehungen überhaupt nicht möglich. Eine wachsende kapitalistische Wirtschaft geht daher auch mit einem wachsenden Kreditvolumen einher. Dass die Regierungen der entwickelten kapitalistischen Länder in der Finanzkrise 2008 praktisch über Nacht Hunderte von Milliarden Dollar und Euro zur Rettung des Bankensystems bereitstellten (während so etwas zur Bekämpfung des Hungers, der Klimakatastrophe oder der Aidsepidemie völlig undenkbar ist), liegt an genau dieser zentralen Bedeutung des Banken- und Finanzsektors. Es handelt sich hier nicht um irgendeine beliebige Branche, sondern um das Herzstück der kapitalistischen Produktionsweise. Und wenn es diesem Herzen schlecht geht, dann muss der Rest der Welt halt schon mal bluten – solange jedenfalls wie es für die Leute leichter ist, wie es Frederic Jameson vor einigen Jahren sehr treffend formulierte, »sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus« (Freitag, 2.3.2001).

Banken, Finanzmärkte und »fiktives« Kapital

Die Kreditverhältnisse reduzieren sich nicht auf einfache Gläubiger-Schuldner Beziehungen, sie bilden die Grundlage eines ganzen kapitalistischen Geschäftszweiges. Dabei ist das traditionelle Kreditgeschäft der Banken – Banken sammeln die kleinen oder großen Geldvermögen als Einlagen, zahlen einen niedrigen Einlagenzins und vergeben diese Einlagen dann zu einem erheblich höheren Zinssatz als Kredite – lediglich die Grundlage für weitere Geschäfte. In unterschiedlicher Gestalt werden Schulden oder vergleichbare Ansprüche selbst zu einer handelbaren Ware gemacht und damit in eine Sphäre der Kapitalanlage verwandelt. Ein Kredit ist nichts anderes als der (staatlich sanktionierte) *Anspruch* des Gläubigers auf regelmäßige Zinszahlung sowie Rückzahlung des geliehenen Betrages. In seiner fixierten Gestalt als Wechsel, festverzinsliche Anleihe, Hypothek etc. kann der Kredit verkauft werden. Er erhält dann zwar einen Preis, besitzt aber keinen Wert (als nicht-Arbeitsprodukt kann ein ausgetauschter Anspruch auch keinen Wert darstellen).⁶ Dieser Preis ist keineswegs willkürlich, er orientiert sich einerseits am Vergleich der fixierten Zinszahlungen mit den momentan marktüblichen Zin-

sen, andererseits richtet er sich nach der »Bonität« des Schuldners (d.h. der Wahrscheinlichkeit, dass dieser in der Lage ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen). Ganz ähnlich verhält es sich mit Aktien. Diese sind Ansprüche auf einen Teil des künftigen Firmengewinns, eine Rückzahlung des vom Aktionär gezeichneten Betrages ist jedoch nicht vorgesehen. Der Preis dieses Anspruchs bemisst sich einerseits am Vergleich der erwarteten Gewinne mit den marktüblichen Zinsen, andererseits an der erwarteten längerfristigen Gewinnentwicklung des betreffenden Unternehmens. Sowohl bei Anleihen als auch bei Aktien ist das ursprünglich vorgeschossene Geldkapital vom Schuldner bzw. vom Aktien ausgebenden Unternehmen längst investiert. Es liegt in Gestalt von Produktionsanlagen oder auch als Geldvermögen auf Firmenkonten vor. Der »Wert« der Wertpapiere stellt demgegenüber eine Verdopplung dieses Kapitals vor: neben dem wirklichen investierten Kapital werden die Ansprüche auf seine künftigen Erträge gehandelt und bewertet, wobei diese Bewertung nicht einfach den Wert des tatsächlich eingesetzten Kapitals, sondern die (schwankende) Erwartung über die Gewinnaussichten ausdrückt. Mit der Bezeichnung »fiktives Kapital« (vgl. MEW 25: 482ff., 494ff.) hebt Marx auf diesen grundlegenden Unterschied ab: es ist hier von einem Kapital die Rede, das als Wertsumme überhaupt nicht existiert, sondern nur als Preis eines Anspruchs auf einen Teil der Verwertung des wirklichen Kapitals.

Anleihen und Aktien sind aber nicht die einzigen Formen des fiktiven Kapitals. Sie bilden selbst wieder die Grundlage für neue Papiere, die weitere Ansprüche ausdrücken: so beinhaltet z.B. eine Aktienoption das Recht, eine bestimmte Aktie in einem gewissen Zeitraum zu einem bestimmten Preis zu kaufen (oder zu verkaufen). Dieses Recht (also der Anspruch auf einen anderen Anspruch) kann nun seinerseits gehandelt werden und erhält dabei einen Preis, so dass wir es nicht nur mit einer Verdopplung, sondern einer Verdreifachung des ursprünglichen Kapitals zu tun haben: dem Wert des wirklichen im Unternehmen investierten Kapitals, mit dessen Hilfe Mehrwert angeeignet wird, steht der »Wert« der Aktien (den Ansprüchen auf den Gewinn) und schließlich der »Wert« der Aktienoptionen (den Ansprüchen auf den Kauf der Aktien) gegenüber. Diese Konstruktionen lassen sich beliebig weit treiben und die einzelnen Ansprüche lassen sich auch zu immer neuen Kombinationen bündeln, die dann als neues »Finanzprodukt« verkauft werden und einen Preis erhalten.

Vom immer wieder bemühten Vergleich mit einem Spielcasino unterscheidet sich der Handel mit Wertpapieren allerdings erheblich. Während im Casino die Wahrscheinlichkeiten für Gewinn und Verlust bekannt sind, ist dies am Finanzmarkt trotz aller hier benutzten mathematischen Modelle nicht der Fall. Vor allem aber handelt es sich bei der Börse nicht um ein Nullsummenspiel. Dem Gewinn im Spielcasino steht stets ein gleich großer Verlust gegenüber. Während des Spiels wird eine vorhandene Geldmenge zwischen den Spielern und der Bank lediglich umverteilt. Anders sieht es an der Börse aus. Führt der Handel mit Wertpapieren zu Kursänderungen, dann hat dies Einfluss auf den »Buchwert« aller dieser Wertpapiere (auch die Aktien, die sich in meinem Depot befinden, werden jetzt mit dem neuen Kurs bewertet, obwohl ich aktuell überhaupt nicht am Handel teilgenommen habe). Kurssteigerungen erhöhen den »Wert« meines in fiktivem Kapital angelegten Vermögens und diesem Gewinn steht kein Verlust eines anderen Akteurs gegenüber. Bei steigenden Kursen ist die Börse ein Positivsummenspiel.

⁴ Der Kapitalvorschuss $c + v$ umfasst auch die Nachfrage der Arbeiterklasse, die v als Lohn erhält.

⁵ Die von Marx im zweiten Band präsentierte Lösung, die Kapitalisten müssten über Schätze verfügen, mit deren Hilfe sie den Mehrwert der jeweils anderen Kapitalisten realisieren, ist nur eine Notlösung, da die Kategorie des Kredits erst im dritten Band entwickelt wird. Die Kapitalisten müssen zwar über »Schätze« (Geldvermögen) verfügen, aber nicht über eigene, sondern über fremde, die sie sich geliehen haben.

⁶ Marx weist bereits im ersten Band des »Kapitals« darauf hin, dass sich zwar der Wert im Preis ausdrücken muss, dass aber nicht umgekehrt jeder Preis ein Wertausdruck ist (MEW 23: 117).

Diese Gewinne sind zunächst nur »Buchgewinne«. Würden alle Aktienbesitzer versuchen, diese Buchgewinne durch Verkauf ihrer Aktien in Geld zu verwandeln, würden die Kurse sofort fallen. Trotzdem haben diese Kursgewinne ganz reale Auswirkungen: es wird weniger gespart (da das Vermögen ja gewachsen ist) und vor allem kann sich die Kreditaufnahme der Wertpapierbesitzer ausdehnen. Banken sind bereit, Wertpapiere als Sicherheiten für Kredite zu akzeptieren; steigt der Kurswert der Papiere, erhöht sich der Kreditrahmen. Die Kredite können dann entweder für zusätzlichen Konsum oder aber zum Kauf weiterer Wertpapiere benutzt werden, wobei letzteres die Kurse weiter nach oben treibt und ersteres Absatz und Gewinne der Unternehmen steigert.

In der »Hausse« ist die Welt des Kapitals in Ordnung und nicht wenige Ökonomen bemühen sich darum, dies mit immer neuen mathematischen Modellen der Risikoberechnung auch zu »beweisen«. Wenn dann aber doch zu viele Aktienbesitzer ihre Buchgewinne in hartes Geld verwandeln wollen (wofür es viele konkrete Anlässe gibt oder auch die allgemeine Erfahrung reicht, dass auf jeden außergewöhnlich starken Boom der Aktienpreise bislang immer noch ein Crash folgte), dann kehrt sich der ganze Prozess um. Die Aktienkurse fallen, ich habe Buchverluste, ohne dass diesen Verlusten Gewinne anderer Akteure gegenüberstehen würden. Auch die Buchverluste wirken sich ganz real aus, wenn die Bank Kreditlinien einschränkt und die Wertpapierbesitzer ihre Papiere verkaufen müssen, um die Kredite zurückzahlen zu können. In der »Hausse« entstehen riesige (Kurs)Werte aus dem Nichts, in der »Baisse« verschwinden sie wieder ganz oder teilweise ins Nichts.⁷ Allerdings existieren hier keine langfristigen Ausgleichsmechanismen: wie sich Gewinne und Verluste an der Börse längerfristig zueinander verhalten, ist nicht vorauszusehen – gerade deshalb lässt sich mit Börsenbriefen, Informationsdiensten etc., die solche Voraussagen versprechen, gutes Geld verdienen.

Wer nun diese ganzen Finanzmarkttransaktionen als bloße »Spekulation« abtut, sie der angeblich soliden kapitalistischen Produktion gegenüberstellt und dann darauf pocht, dass Banken und Finanzmärkte doch endlich zu ihrer »eigentlichen« Aufgabe, der Versorgung der Unternehmen mit Krediten, zurückkehren sollten (eine durchaus auch unter Linken nicht seltene Forderung), übersieht zweierlei.

Erstens ist Spekulation kein Spezifikum der Finanzmärkte, sie kennzeichnet die kapitalistische Produktionsweise generell, da die privat verausgabte Arbeit erst auf beim Tausch ihrer Produkte auf dem Markt als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit anerkannt wird – oder eben auch nicht. Wenn die Automobilkonzerne jahrelang vor allem große, benzinfressende Autos produzierten, statt sparsame und billige Kleinwagen, dann spekulierten sie darauf, dass sie mit diesen Produkten höhere Gewinne erzielen konnten, eine Spekulation, die nicht immer erfolgreich war.

Zweitens aber übersieht die Forderung, Banken sollten sich auf ihre »eigentlichen« Aufgaben konzentrieren, den kapitalistischen Charakter der Institutionen des Kreditwesens: genau wie bei anderen kapitalistischen Unternehmen ist ihr Ziel die Profitmaximierung. Genauso wenig wie die »eigentliche« Aufgabe kapitalistischer Automobilkonzerne in der Herstellung von Mobilität besteht, besteht die »eigentliche« Aufgabe der Banken in der Versorgung der Unternehmen und Haushalte mit Krediten. Banken und Vermögensbesitzer versuchen genauso wie Unternehmen

mit dem eingesetzten Kapital den maximalen Profit zu erzielen. Dies geht nicht ohne Spekulation und ohne Handel mit den bereits vergebenen Krediten ab: wo tatsächlich in Zukunft der größte Profit zu erzielen ist, weiß nämlich niemand im voraus, es kann nur vermutet werden – und nicht selten erweisen sich diese Vermutungen als falsch.

Krisen

In Neoklassik und Keynesianismus werden Krisen als im Prinzip vermeidbare Ausnahmen eines krisenfreien Wachstums angesehen. Die Krise erscheint als Abweichung von einer normalen, gleichgewichtigen Entwicklung. Zwar schließen weder Neoklassik noch Keynesianismus Störungen dieses Gleichgewichts aus, doch sollten durch flexible Märkte bzw. die richtige Wirtschaftspolitik, solche Störungen minimiert werden und sich nicht zu einer richtigen Krise auswachsen.

In der Marxschen Ökonomiekritik ist die Krise jedoch keine Abweichung von einem Gleichgewichtspfad ökonomischer Entwicklung – weil ein solcher Gleichgewichtspfad nicht nur in der Realität nicht existiert, sondern weil er nicht einmal als eine Referenzgröße konstruiert werden kann. Bereits bei der Analyse der allgemeinen Formel des Kapitals $G - W - G'$ hebt Marx hervor, dass es für die Kapitalverwertung, den Motor kapitalistischer Entwicklung, keine in irgendeiner Weise angemessene oder gleichgewichtige Rate gibt. Die Kapitalverwertung als der bloß quantitative Unterschied von Kapitalvorschuss G und Kapitalrücklauf G' kennt kein immanentes Maß und kann es auch nicht kennen: eine Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals um 10 Prozent ist gut, eine Vermehrung um 20 Prozent ist besser und eine um 40 Prozent ist noch besser (MEW 23: 66f.). Die höhere Verwertung befriedigt nicht einfach die »Gier« des individuellen Kapitalisten (so dass man ihm Mäßigung predigen müsste), sie verbessert die Position des Unternehmens in der kapitalistischen Konkurrenz. Es steht mehr neues Kapital für Investitionen zur Verfügung und gleichzeitig wird das Unternehmen aufgrund der hohen Gewinne auch bei Banken und Anlegern kreditwürdiger, kann also auch leichter an fremdes Kapital kommen. Von daher hat jeder Kapitalist das (innerhalb des kapitalistischen Systems durchaus rationale) Streben nach einer gegenüber den anderen Kapitalen überdurchschnittlichen Verwertung seines Kapitals. Egal wie hoch die Verwertung ist, es müssen beständig alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Verwertung noch zu steigern: neue Technologien und neue Formen der Arbeitsorganisation (einschließlich des direkten Drucks auf die Beschäftigten) sollen die Kosten senken, gleichzeitig sollen neue, größere Märkte erschlossen (bzw. durch Verdrängung der Konkurrenten erobert) werden. Die kapitalistische Entwicklung schließt daher sowohl einen Kampf der einzelnen Kapitalisten und Kapitalfraktionen untereinander sowie der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse ein, wobei letzterer sowohl direkt (etwa in Lohnkämpfen) als auch vermittelt über den Staat (z.B. bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitsbedingungen) ausgefochten wird.

Im Resultat bringt die kapitalistische Dynamik ein »widersprüchliches« Verhältnis von gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlicher Konsumtion hervor (wobei mit Konsumtion, nicht nur der individuelle Konsum der Haushalte, sondern auch die »produktive« Konsumtion der Unternehmen gemeint ist, vgl.

⁷ Daher sollte man bei der Beurteilung der in einer Krise stets genannten riesigen Verlustzahlen etwas vorsichtig sein.

zum folgenden MEW 25: 254f.).⁸ Produktion und Konsumtion sind einerseits aufeinander angewiesen: nicht nur in dem Sinne, dass nur konsumiert werden kann, was produziert wurde, sondern auch insofern, dass sich die Produzenten nur reproduzieren können, wenn ihre Arbeit als Teil der gesellschaftlichen Arbeit anerkannt wurde, was unter den Bedingungen der Warenproduktion bedeutet, dass sie die Produkte ihrer Arbeit auf dem Markt absetzen konnten. Unter kapitalistischen Bedingungen sind Produktion und Konsumtion aber ganz unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen Bestimmungen unterworfen. Der stete Zwang zur Erhöhung der Kapitalverwertung führt zu ständig steigender Produktivität, die häufig eine Ausweitung der Produktion einschließt. Andererseits führt aber derselbe Zwang zur Erhöhung der Kapitalverwertung zu immer erneuten Versuchen, Kosten einzusparen, Löhne und/oder die Zahl der Arbeitskräfte zu senken, weniger oder billigere Vorprodukte zu verbrauchen. Während es also auf der Seite der Produktion eine Tendenz zur Ausdehnung gibt, finden wir auf der Konsumtionsseite (sowohl bei der von der Höhe des Lohns und der Anzahl der Beschäftigten abhängigen Gesamtnachfrage der Arbeiterklasse als auch auf der Seite der Investitionsnachfrage der Unternehmen) eine Tendenz zur Beschränkung. Diese Tendenz zum Auseinanderklaffen von Produktion und Konsumtion wird noch dadurch verstärkt, dass die Einzelkapitale nicht gezwungen sind, die Profite in Produktionsmitteln und Arbeitskräften zu investieren, sie können sie stattdessen in fiktivem Kapital anlegen, was von einem Teil der Unternehmen auch getan wird. Damit steigen dann zwar auf der einen Seite die Wertpapierpreise (was noch mehr Geldkapital in die Finanzmärkte zieht), gesellschaftliche Produktion und gesellschaftliche Konsumtion laufen aber noch stärker auseinander als zuvor. In der Krise kommen die widersprüchlichen Entwicklungen von Produktion und Konsumtion zum Eklat. Es findet eine gewaltsame, aber nur momentane Auflösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion statt: in der Regel durch die Vernichtung nicht nur bereits produzierter Güter, sondern auch eines Teils der Produktionsanlagen durch Bankrotte und Kapitalentwertungen. Auf der gewaltsam reduzierten Grundlage kann die Akkumulation des Kapitals dann erneut beginnen – bis zum nächsten Crash.

8 Bei Marx findet sich keine abgeschlossene Krisentheorie, sondern eine Reihe unterschiedlicher Ansätze (vgl. zur Entwicklung der Marxschen Krisentheorie Heinrich 1999: 341ff., eine Übersicht über die verschiedenen marxistischen Krisentheorien gibt Sablowski 2003). Von vielen Marxisten wird die Krisentheorie eng an das »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« gekoppelt: im dritten Band des »Kapital« versuchte Marx nachzuweisen, dass kapitalistische Produktivkraftentwicklung langfristig zu einem Fall der Profitrate führt. Dabei ging es ihm nicht um einen empirischen Nachweis (der sich immer nur auf eine vergangene Periode beziehen könnte), sondern um das Aufzeigen eines notwendigen und allgemeinen Zusammenhangs, der auch in der Zukunft gelten müsste. Es ist umstritten, ob Marx dieser allgemeine Nachweis tatsächlich gelungen ist, kritisch setze ich mit den Verteidigern dieses Gesetzes in Heinrich (2007) auseinander. Aber auch dann, wenn der Nachweis dieses Gesetzes gelingen würde, wäre der Bezug zur Krisentheorie nicht unproblematisch, da das Marxsche »Gesetz« keine Aussagen über die Geschwindigkeit des Profitratenfalls machen kann, es aber nicht ersichtlich ist, wie ein langsamer Profitratenfall krisenhafte Auswirkungen haben soll. Die oben skizzierte Variante der Marxschen Krisentheorie kommt dagegen ohne einen Bezug auf dieses »Gesetz« aus.

Krisen sind nicht einfach nur unangenehme Begleiterscheinungen kapitalistischer Akkumulation; sie sind zwar sowohl für viele Unternehmen wie auch für viele Menschen, die arbeitslos werden, zerstörerisch, für das kapitalistische System als Ganzes sind Krisen aber die Auflösung von Blockaden, die Weichenstellungen für neue, technologische, ökonomische, soziale und politische Entwicklungen.⁹ Ein Großteil seiner Dynamik verdankt das kapitalistische System der produktiven Verarbeitung von Krisen. Krisen sind im Kapitalismus in doppelter Hinsicht notwendig: sie werden notwendigerweise von der kapitalistischen Entwicklung selbst erzeugt und sie sind notwendig, um die Dynamik dieser Entwicklung zu erhalten.

»Idealer Durchschnitt« und historische Gestalten des Kapitalismus

Marx analysiert im »Kapital« die »kapitalistische Produktionsweise«. Dabei kommt es ihm aber weder auf ein einzelnes Land an – er betont, dass ihm die englischen Verhältnisse, auf die er sich bezieht, nur als »Illustration« seiner »theoretischen Entwicklung« dienen – noch auf den »höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen« (MEW 23: 12). Was er enthüllen will, sei vielmehr »das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft« (MEW 23: 15, meine Hervorhebung). Behandelt werden sollen ökonomische Struktur und Dynamik der bürgerlichen Gesellschaft – im Singular, obgleich Marx sehr genau weiß, dass die bürgerliche Gesellschaft nur im Plural existiert. Damit ist klar, dass sich die Marxsche Darstellung auf einer enorm hohen Abstraktionsstufe bewegt. Dies wird von Marx am Ende des dritten Bandes explizit herausgestellt, wenn er nach einem Rückblick auf die Gesamtargumentation betont, es sei darum gegangen, die »innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt« (MEW 25: 839) darzustellen. Gerade weil es sich nicht um einen *empirischen* Durchschnitt handelt, der lediglich einen bestimmten historischen Entwicklungsstand des Kapitalverhältnisses verallgemeinern würde, sondern um einen *idealen* Durchschnitt, der zu bestimmen versucht, was notwendigerweise zu einem entfalteten Kapitalverhältnis gehört, bleibt die Marxsche Untersuchung auch heute noch interessant. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, dass der Kapitalismus und die Klassen stets in einer bestimmten historischen Gestalt existieren, sie reduzieren sich niemals auf den von Marx analysierten »idealen Durchschnitt«.

Die Differenz zwischen der Darstellung der allgemeinen Strukturen und Dynamiken im »Kapital« und der konkreten, historischen Gestalt des Kapitalismus lässt sich nicht einfach durch einen Austausch der verwendeten statistischen Daten überwin-

9 In den »Grundrissen« von 1857/58, dem ersten großen Manuskript, in dem sich Marx um die Formulierung seiner Kritik der politischen Ökonomie bemühte, finden sich noch Ansätze einer »Zusammenbruchstheorie« (vgl. insbesondere die häufig zitierten Überlegungen MEW 42: 600-602). Gerade an der Krise 1857/58, der ersten wirklichen Weltwirtschaftskrise, konnte Marx jedoch den produktiven Charakter, den die Krise für das kapitalistische System als Ganzes hat, besonders gut studieren. Dieser Charakter wird in der Folge von Marx immer wieder betont. So formuliert er in den »Theorien über den Mehrwert« als Forschungsprogramm: »Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden« (MEW 26.2: 510f., ähnlich auch im »Kapital«, z.B. MEW 25: 259).

den. Es geht nicht darum, in bereitliegende theoretische Schubladen einen jeweils etwas andern historischen Inhalt zu füllen. Zur Analyse einer bestimmten Gesellschaftsformation in einer bestimmten Periode ist eine eigene analytische Anstrengung erforderlich. Der historische Kapitalismus existiert in je eigenen »Akkumulationsmodellen«,¹⁰ die durch die vorherrschenden Akkumulationstypen, das Verhältnis der industriellen Sektoren untereinander bzw. zu den Finanzmärkten, unterschiedliche Klassenzusammensetzungen etc. charakterisiert sind. Es gibt dabei unterschiedlich starke und unterschiedlich ausgerichtete regulative Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, unterschiedliche Arten der Weltmarktintegration der nationalen Ökonomien, unterschiedliche nationale wie internationale Währungssysteme etc. Diese und weitere Faktoren sind in unterschiedlichen Zeiten und Ländern ganz verschieden ausgeprägt und kombiniert. Erst ihre Analyse ergibt ein Bild des jeweils historisch existierenden Kapitalismus und seiner Entwicklungstendenzen. Die Marxsche Darstellung des »idealen Durchschnitts« liefert lediglich die kategoriale Grundlage für diese Analyse des historischen Kapitalismus, sie kann diese Analyse aber nicht ersetzen. Geht man bei der Betrachtung der Entwicklung des Kapitalismus von einer Abfolge verschiedener Akkumulationsmodelle aus, so bedeutet dies für die Krisentheorie, dass zwischen »kleinen« konjunkturellen Krisen innerhalb eines Akkumulationsmodells und »großen« Krisen, die mit Strukturbrüchen und dem Übergang zu einem neuen Akkumulationsmodell verbunden sind, unterschieden werden muss (vgl. zum Unterschied zwischen »kleinen« und »großen« Krisen Altvater 1983).

Nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich in Westeuropa und Nordamerika das »fordistische« Akkumulationsmodell durch, das auf dem Zusammenspiel von Massenproduktion, stabilen Verteilungsverhältnissen und Massenkonsumtion beruhte (»billige« Produktivkraftsteigerungen mittels tayloristischer Zerlegung des Arbeitsprozesse und Ausnutzung der economies of scale gehen mit Reallohnsteigerungen in Höhe der Produktivitätssteigerungen einher, die für eine gewisse Stabilität der Verteilungsverhältnisse sorgen, Lohnsteigerungen und Zunahme der Staatstätigkeit sichern den Absatz, die billigen Produktivkraftsteigerungen sorgen für eine hohe Profitrate). Entwickeln konnte sich dieses Modell in einem durch das Währungssystem von Bretton Woods regulierten, weitgehend stabilen weltwirtschaftlichen Umfeld. Dieses fordistische Akkumulationsmodell stieß ab Ende der 1960er Jahre an seine Grenzen, die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 markiert sein Ende.

Das »postfordistische« Akkumulationsmodell, das sich seit den späten 1970er Jahren herausbildete, beruhte auf einer verstärkten Internationalisierung sowohl der Produktionsprozesse als auch der Finanzmärkte bei einer gleichzeitig wirksamen Tendenz zur neoliberalen Deregulierung der Märkte. Umverteilungsprozesse

10 Die Begriffe Akkumulationsmodell, Akkumulationsregime, Regulationsweise etc. wurden vor allem von der französischen Regulationsschule in die Debatte eingeführt, um unterschiedliche Weisen der Reproduktion des gesellschaftlichen Zusammenhangs, die für eine gewisse Zeit mehr oder weniger stabil sind, zu bezeichnen (vgl. einleitend dazu Lipietz 1985). Dabei wird zwar von einer Abfolge unterschiedlicher Akkumulationsmodelle ausgegangen, aber nicht von einer historisch gerichteten Entwicklung zu immer höheren oder letzten »Stadien«. Ich verwende den Begriff des Akkumulationsmodells in diesem allgemeinen Sinn, ohne mir aber alle Thesen der Regulationsschule zu eigen zu machen.

zwischen den Klassen, die sowohl aus dem Druck auf die Löhne (in den 1980er und 1990er Jahren gab es stagnierende oder nur leicht steigende Reallöhne, während die Unternehmensgewinne erheblich zunahmen) als auch aus der staatlichen Steuerpolitik resultierten (Steuersenkungen vor allem für Unternehmen und Bezieher von hohem Einkommen), ließen auf der einen Seite die Geldvermögen anwachsen, auf der anderen Seite stieg auch die Nachfrage nach Krediten, sowohl auf Seiten der Arbeiterklasse, als auch auf Seiten der Staaten. Zusätzlich befeuert wurden die Finanzmärkte noch durch die wachsenden Leistungsbilanzungleichgewichte, die der internationale Handel hervorbrachte, sowie die Tendenz zur Privatisierung der Systeme sozialer Sicherung, die enorme Geldmengen in die Finanzmärkte schleuste (vor allem durch die zunehmende Bedeutung kapitalgedeckter Altersrenten). Als Resultat dieser Entwicklungen nahm die Größe und die Bedeutung der Finanzmärkte erheblich zu, so dass inzwischen vielfach von einem »finanzmarktgetriebenen« Akkumulationsmodell die Rede ist (wobei dessen genaue Abgrenzung aber meistens eher vage bleibt). Dieses postfordistische Akkumulationsmodell hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nochmals eine beschleunigte, aber auch zunehmend krisenhafte Entwicklung erfahren (so häuften sich in den 1990er Jahren die Währungskrisen, mit teilweise katastrophalen Auswirkungen für die hauptsächlich betroffenen Länder).

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus plausibel für die Krise von 2008/2009, die das Weltfinanzsystem an den Rand eines Zusammenbruchs brachte, davon auszugehen, dass wir es mit der Überlagerung von verschiedenen, sich wechselseitig verstärkenden Krisenprozessen zu tun haben: (1) mit einem normalen zyklischen Abschwung, der auf den Aufschwung von 2005-2007 folgt (einer »kleinen« Krise); (2) mit weltweiten strukturellen (also überzyklisch aufgebauten) Überkapazitäten in einer ganzen Reihe zentraler Sektoren wie der Automobilindustrie, der Stahl- oder bestimmten Sektoren der Chipindustrie; (3) mit einer Krise der gesellschaftlichen »Naturverhältnisse« (vgl. zu diesem Begriff Görg 1999), die sich für die entwickelten kapitalistischen Länder vor allem im Energiesektor, aber auch anhand des Klimawandels zeigt; (4) mit einer Krise des postfordistischen, neoliberalmarktorientierten und stark von den Finanzmärkten abhängigen Akkumulationsmodells, das sich seit Ende der 1970er Jahre herausgebildet hat (einer »großen« Krise).

Ob die gegenwärtigen Krisenprozesse stark genug sind, die Ablösung des postfordistischen Akkumulationsmodells zu bewirken, oder ob sie eher zu seiner weiteren Anpassung führen, ist noch längst nicht ausgemacht. Allerdings hängen solche Konsequenzen nicht allein von ökonomischen Größen ab, sondern vor allem von gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. Zwar ist von den verschiedenen Regierungen immer wieder zu hören, dass nach der Krise nichts mehr so sein könne wie vorher; doch scheinen diese Ankündigungen vor allem darauf abzuzielen, die Bevölkerung auf neue Opfer einzuschwören: die Krisenlasten müssen schließlich von irgendwem getragen werden. Unternehmensvorstände wie auch der größte Teil des politischen Personals sind eher an bescheidenen Modifizierungen und kleinen Nachjustierungen interessiert (etwa einer höheren Eigenkapitalquote der Banken oder einer stärkeren Kontrolle der Rating-Agenturen) als an tieferen Eingriffen in das bisherige Akkumulationsmodell. Die Kosten der Krise sollen möglichst ohne größere Konflikte auf die lohnarbeitende Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden (die gestiegene Staatsverschuldung wird bald wieder als Begründung für soziale Einschnitte herhal-

ten müssen), die eigene Position (sowohl des Staates als auch der Unternehmen) soll innerhalb der internationalen Konkurrenz gestärkt werden. Ohne einen starken sozialen Widerstand hat dieses Programm des »herrschenden Blocks« eine gute Chance, seine kurzfristigen Ziele zu erreichen. Ob damit aber eine längerfristige Stabilisierung des postfordistischen Akkumulationsmodells erreicht werden kann, darf bezweifelt werden.

Literatur

- ALBERT, HANS (1963): Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): *Logik der Sozialwissenschaften*, 11. Aufl. Königstein/Ts. 1984, 352–380
- ALTVATER, ELMAR (1983): Der Kapitalismus in einer Formkrise. Zum Krisenbegriff in der politischen Ökonomie und ihrer Kritik, in: *Aktualisierung Marx*, Argument Sonderband 100, Berlin, 80–100
- BACKHAUS, HANS-GEORG (1997): *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur Marxschen Ökonomiekritik*, Freiburg
- Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, Münster
- HEINE, MICHAEL/HERR, HANSJÖRG (2003): *Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*, 3. überarb. u. erw. Aufl., München/Wien
- HEINRICH, MICHAEL (1999): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, überarb. u. erw. Neuaufl., Münster
- HEINRICH, MICHAEL (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart
- HEINRICH, MICHAEL (2007): Begründungsprobleme. Zur Debatte über das Marxsche »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate«, in: *Marx-Engels Jahrbuch 2006*, Berlin
- HOFF, JAN (2008): *Karl Marx und die »ricardianischen Sozialisten«*. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie, der Sozialphilosophie und des Sozialismus, Köln
- KEYNES, JOHN MAYNARD (1936): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1983
- LIPIETZ, ALAIN (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der Akkumulation, in: *PROKLA* 58, Jg. 15, H. 1, 109–137
- MEW = *Marx-Engels-Werke*, Bd. 1ff., Berlin (DDR) 1957ff.
- MEGA = *Marx-Engels-Gesamtausgabe. Zweite Abteilung: Das »Kapital« und Vorarbeiten*, Bd. 1ff, Berlin (DDR) 1976ff.
- SABLOWSKI, THOMAS (2003): Entwicklungstendenzen und Krisen des Kapitalismus, in: Demirović, Alex (Hrsg.): *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*, Stuttgart, 101–130
- SMITH, ADAM (1776): *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*, erster Band, übers. u. eingel. v. Peter Thal, Berlin 1963
- SRAFFA, PIERO (1960): *Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie*, Frankfurt/M 1976

Anmerkung

Michael Heinrichs Aufsatz *Kapitalismus, Krise und Kritik. Zum analytischen Potential der Marxschen Theorie angesichts der gegenwärtigen Krise* ist erstmals erschienen in: Heinz Bude, Ralf Dammitz, André Koch (Hrsg.), *Marx. Ein toter Hund? Gesellschaftstheorie reloaded*, Hamburg 2010.

Wir danken dem Autor und dem VSA Verlag für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Am Freitag den 27. Juni 2008 hat Michael Heinrich in Bremen zum Thema *Reine Spekulationssache? Eine Einführung in die Institutionen und Logiken der Finanzsphäre* referiert. Siehe: <http://www.rosa-luxemburg.com/?p=155>
<http://associazione.wordpress.com/2008/08/01/reine-spekulationssache-eine-einfuehrung-zu-den-institutionen-und-logiken-der-finanzsphare/>

Am 28. Februar und 1. März 2009 hat Michael Heinrich in Bremen ein Wochenendseminar zur *Einführung ins Marxsche Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1* gegeben. Siehe: <http://associazione.wordpress.com/2008/11/28/28-0201-03-08-wochenendseminar-zum-kapital-kritik-der-politischen-okonomie-von-karl-marx-band-1/>